

Die Themenstellung macht es unvermeidlich, daß schließlich noch ein X. Kapitel über die „Ökonomische und soziale Assimilation der Flüchtlinge“ angehängt werden mußte. Hier geht es um die eigentlichen Folgeprobleme einer Massenflucht und die oft untauglichen Lösungsversuche — etwa die Aufblähung der staatlichen Bürokratie —, aber eben da wird deutlich, wie wenig das mit dem ausgesprochen politischen Hauptteil des Buches zu tun hat. Wie weit die Masse der Flüchtlinge einen maßgeblichen Einfluß auf die revisionistische Radikalisierung der öffentlichen Meinung hatte, muß genauso vorsichtig und relativiert geprüft werden wie die Frage des Einflusses der Flüchtlinge im allgemeinen.

Zu kurz kommt die genauere Erforschung der Frage, warum die neuen Herren der besetzten Gebiete besonders gegen die ungarischen Beamten und Lehrer so rigoros vorgehen. Diese waren im Vorkriegsungarn gerade in den Nationalitätengebieten die bewußt dorthin versetzten Verfechter einer in ihren Mitteln wenig wählerischen Madjarisierungspolitik. Dies sei an einer statistischen Angabe deutlich gemacht: In der Aufstellung über die Volksschulen in den abgetretenen Gebieten fällt die hohe Zahl der Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache auf, die in krassem Mißverhältnis zur Bevölkerungsstatistik steht (S. 50): so in der Slowakei 4069 ungarische, davon 1070 staatliche, gegen nur 287 slowakische Schulen; etwas günstiger ist die Relation in Siebenbürgen: 2339 ungarische, davon 1319 staatliche, gegen 2385 rumänische Schulen. Was verbirgt sich dahinter? In Oberungarn haben katholische und evangelische Kirche als Schulträger die Madjarisierung durch die Schule mitgemacht, während die rumänisch-orthodoxe Kirche dies nicht tat. Darum wurden dort viele Konfessionsschulen aufgelassen und durch die auffallend hohe Zahl staatlicher Schulen — mit 3269 von insgesamt 5172 Lehrern! — ersetzt. Daß diese Lehrer von den zur Staatsmacht aufgestiegenen bisher wehrlosen Minderheiten hinausgeworfen wurden, erscheint so in einem ganz anderen Licht, wird aber leider vom Vf. verschleiert.

Bernau

Friedrich Spiegel-Schmidt

György Ránki: Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley, 1919—1939. (East European Monographs, CXLI.) East European Monographs, Boulder (Colorado). Distributed by Columbia University Press. New York 1983. 224 S.

So wie anderswo hat sich auch im Südosten des europäischen Kontinents nach dem Ersten Weltkrieg viel geändert. Durch die Niederlage Deutschlands, die Auflösung der Habsburgermonarchie und die internationale Quarantäne, unter die das erheblich geschwächte, sich zur Sowjetunion transformierende Rußland gestellt war, war der traditionelle hegemoniale Zustand in dieser Weltgegend beseitigt. Dadurch war es nicht nur möglich, hier neue Staaten ins Leben zu rufen oder Staatsgrenzen neu festzulegen, sondern dadurch war dieses Gebiet auch dem machtpolitischen und wirtschaftlichen Einfluß solcher Staaten geöffnet, deren Führungen es bis dahin eher schwer hatten, sich hier durchzusetzen. In dieser Studie werden das Wirksamwerden solcher neuer handelspolitischer Interessen in dieser Region während der Zwischenkriegszeit, die Absichten, von denen dies bestimmt war, und die Folgen, die dies gehabt hat, knapp und zutreffend beschrieben und erklärt. Die zum Thema vorliegende Literatur und gedruckte, mitunter — vornehmlich im Zusammenhang mit Ungarn — auch noch unveröffentlichte Quellen werden zuverlässig ausgewertet.

Wie R. nachweisen kann, wurde in den zwanziger Jahren das namentlich auf britischer und französischer Seite vorhandene ökonomische Interesse erheblich verstärkt, zugleich aber auch in machtpolitischer Absicht instrumentalisiert. Andere Faktoren, die den politischen Prozeß hier bestimmt haben, waren die Revisionsbestrebungen Ungarns sowie die Aktivitäten der damals hier entstandenen französischen und italienischen Klientelen. Seit dem Ende dieses Jahrzehnts, vor allem aber seit der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde der deutsche Einfluß wieder größer und hat schließlich, mit Italien lediglich als einer Art Juniorpartner, bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu einer neuen Hegemonie geführt.

Die Leser der ZfO dürfte vor allem das Kapitel interessieren, in dem sich R. mit der Kleinen Entente, der die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien angehörten, beschäftigt. Er erläutert hier die Funktion, die zwischen 1933 und 1936 diesem Dreierbündnis in den Plänen zugeordnet war, die damals in Rom, Paris und London entwickelt wurden, um das zu Recht befürchtete Ausgreifen des neuen Deutschland in den Südosten des Kontinents zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Nicht erst auf Initiative der Großmächte, sondern durchaus im eigenen Interesse wurden damals in gleicher Absicht auch innerhalb der Kleinen Entente selbst die Beziehungen untereinander intensiviert, besonders auch durch das Vorhaben einer engeren handelspolitischen Zusammenarbeit. Auch das Einfügen Österreichs in dieses Defensivpotential wurde erwogen.

Dafür, daß alle diese Versuche gescheitert sind, nennt R. drei Gründe: 1) die Schwierigkeit, die beiden hier vorhandenen, auf Frankreich oder auf Italien hin orientierten Staatengruppen zu koordinieren: der Gegensatz zwischen der Kleinen Entente und dem von Mussolini protegierten Ungarn konnte nicht entschärft werden; 2) die vor allem durch das resignierende Hinnehmen der Rheinlandbesetzung offenkundig gewordene machtpolitische Schwäche Frankreichs, wo man zwar während des Abessinienkriegs gegenüber einem an Südosteuropa vorübergehend weniger interessierten Italien freiere Hand hatte, diese Chance aber nicht zu nutzen vermochte; 3) die gerade für die Staaten der Kleinen Entente geltende handelspolitische Attraktivität Deutschlands, die im Urteil aller Staatsführungen hier stärker war als jede Konstellation, die das Nichtberücksichtigen des Reiches zur Voraussetzung gehabt hätte.

Die Beziehung zwischen den beiden im Titel genannten Potenzen Wirtschaft und Außenpolitik war nicht so sehr ein Nebeneinander von autonomen, gleichgewichtigen Größen als vielmehr das Verhältnis eines Teils — ökonomische Interessen — zum übergeordneten Ganzen — Machtpolitik —.

Köln

Peter Burian